

# Bildung und „Bildungsnotstand“ in Österreich

Von Dieter Grillmayer

---

## 1. Bildung und Bildungspolitik

Nach dem Bildungsideal des Deutschen Idealismus, das ich vertrete, ist Bildung sowohl ein Vorgang, für den heutzutage das Schlagwort vom „lebenslangen Lernen“ in Gebrauch ist, als auch ein Besitzstand. Erziehung und Bildung führen den Menschen aus dem durch Natur und Willkürfreiheit vorgegebenen Rohzustand zur Mündigkeit und zur Selbstbestimmung. Erst die Bildung erschließt dem Menschen seine volle Handlungsfähigkeit, indem sie seinen Verstand schärft, sein Wissen und Können aufbaut und seine Sozialkompetenz entwickelt. Die Frage nach dem Sinn des Lebens, worauf schließlich alles hinausläuft, beantwortet der Kulturmensch damit, dass er den größtmöglichen in ihm veranlagten Bildungsstatus erreichen will.

In diesem Sinn umfasst Bildung einerseits ein Wissen und Können, das von praktischem Nutzen ist, und andererseits einen immateriellen Bereich, sodass üblicherweise zwischen Berufsbildung (bzw. schulischer Berufsvorbildung) und Allgemeinbildung unterschieden wird. Werden diese beiden Bereiche mit dem persönlichen und dem öffentlichen Interesse an Bildung kombiniert, so erhalten wir insgesamt vier Zielvorgaben für eine Bildungspolitik, die diesen Namen verdient:

1. Ausbildungshilfe für das Einzelindividuum, damit dieses materiell auf eigenen Beinen stehen kann, als Basis für eine eigenständige Lebensplanung und Lebensführung. Dazu sind eine gewisse Grundbildung, sprich die Beherrschung der wichtigsten Kulturtechniken, und parallel dazu die Aneignung von Arbeitstugenden wie Verlässlichkeit, Fleiß und Ausdauer unerlässlich.

2. Förderung der Allgemeinbildung, die dem Einzelnen eine Lebensbereicherung ist und eine tiefere Sinngebung abseits des Materiellen ermöglicht. Im besten Fall führt das dazu, sich über materielle Bedürfnisse überhaupt erheben zu können. Zitate großer Weiser wie etwa Sokrates „*Wie groß ist doch die Zahl der Dinge, deren ich nicht bedarf*“ sind heute aktueller denn je, wenn es darum gehen soll, dem schrankenlosen Kapitalismus und Materialismus die Zügel anzulegen.

3. Ein vielfältiges, quantitativ und qualitativ ausreichendes Angebot an leistungswilligen Arbeitskräften gehört zu den wichtigsten Ressourcen einer Volkswirtschaft, weshalb die Politik im Ausbildungsbereich auf eine weitsichtige und maßvolle Steuerung nicht verzichten kann. In diesem Sinn ist es durchaus legitim, Anreize für nachgefragte Ausbildungsgänge zu schaffen und Warnungen auszusprechen, etwa in der Art, dass es eine staatliche Beschäftigungsgarantie nicht geben kann.

4. Allgemeinbildung und staatsbürgerliche Erziehung sind notwendige Voraussetzungen dafür, am politischen Leben teilnehmen zu können, also Voraussetzung dafür, dass eine Demokratie „funktioniert“. Wenn die Politik eine derartige „Volkserziehung“ vernachlässigt, dann darf sie sich nicht wundern, wenn die politische Kultur immer mehr verflacht und Wahlergebnisse Zufallsprodukte oder das Ergebnis einer Massenhysterie werden.

Die Bildungsinstitutionen sind für jeden Einzelnen und für die Gesellschaft daher von essentieller Bedeutung. An erster Stelle steht hier die Familie als ursprünglicher Ort der Sozialisation, der Aneignung von Werthaltungen und der Wissensvermittlung. Die Bewerbung und Förderung der Familie als Bildungsinstitution ist somit auch ein Aspekt der Bildungspolitik. Unbeschadet dessen wird das Thema in Folge auf Schulpolitik eingegrenzt.

## 2. Die Situation von Schule und Bildung in Österreich

Die PISA-Studie 2003 hat das Schlagwort vom „Bildungsnotstand“ ausgelöst und dem Ansehen von Frau BM Gehrler sehr geschadet. Die gesamte Linke führte die Misere auf erfolgte Sparmaßnahmen im Zuge der Budgetsanierung und auf das „rückständige“ gegliederte Schulwesen zurück und fordert die Gesamtschule. Die Gesamtschule löst aber das Qualitätsproblem nicht, da es sich dabei lediglich um eine Frage der Schulorganisation handelt. Der „Bildungsnotstand“ in Österreich hat hingegen ganz andere Ursachen.

### 2.1 Was von den PISA-Studien zu halten ist

1. Erfolgskontrolle durch Vergleichstests mit einheitlicher Aufgabenstellung hat in Österreich keine Tradition und ist aus Angst vor dem Ergebnis verpönt. Eine beliebte Floskel dazu lautet: *„Bildung kann man nicht messen und daher auch nicht vergleichen.“* Ohne EU und OECD gäbe es Leistungstests in Österreich auch heute noch nicht und wir müssten uns ganz auf unser „Gefühl“ verlassen. (Die Wiener SSR-Präsidentin Brandsteidl sagte einmal zu den Wiener Verhältnissen: *„Ich habe ein ganz gutes Gefühl ...“*.)

2. Die Testung in mehr als 40 verschiedenen Ländern mit den verschiedensten Schulsystemen und Lehrplänen anhand einheitlicher Fragestellungen ist äußerst schwierig, daher auch nicht perfekt. Nicht ganz von der Hand zu weisen ist etwa der Einwand, bei PISA handle es sich mehrheitlich um einen Intelligenztest. Trotzdem sollte man die Ergebnisse nicht vom Tisch wischen. Wer den Leistungsgedanken vertritt und Transparenz haben will, der muss länderübergreifende Tests jedenfalls befürworten.

3. Die PISA-Ergebnisse dürfen aber insoweit relativiert werden, als der zweimalige Testsieger Finnland mit 20,1 % eine wesentlich höhere Jugendarbeitslosigkeit aufweist als Länder, die bei PISA vergleichsweise schlecht abgeschnitten haben, wie etwa Österreich mit 10,4 % Jugendarbeitslosigkeit (Zahlen aus 2005).

4. Das gute österr. PISA-Ergebnis aus dem Jahr 2000 beruht auf einem in Österreich bei der Auswahl der Schüler gemachten Fehler. Der Prozentsatz der Berufsschüler an der Gesamtmenge der getesteten Schüler betrug nämlich im Jahr 2000 nur 7,7 Prozent und erst 2003 die in allen anderen Ländern üblichen 13,5 Prozent. Da die Berufsschüler den Durchschnittswert herunterdrücken, war das Österreich-Ergebnis im Jahr 2000 zu gut und im Jahr 2003 erfolgte daher auch kein Absturz, wie der österr. PISA-Beauftragte Prof. Günter Haider bis vor kurzem behauptet hat. In Wirklichkeit war das Ergebnis auch schon im Jahr 2000 unterdurchschnittlich.

5. Es ist Selbstbetrug, wenn die AHS- und BHS-Ergebnisse in Österreich mit dem Gesamtergebnis von Finnland oder Korea verglichen werden, und, weil diese besser sind als die Durchschnittswerte dieser Spitzenländer, unsere AHS und/oder BHS hochzujubeln zu den „eigentlichen Weltmeistern“. Ein Vergleich zwischen AHS und BHS in Österreich ist jedoch statthaft und signifikant. Danach liegen die AHS-Werte in allen Testbereichen (in Mathematik mit 571 zu 552 um 19 Punkte und im Lesen mit 572 zu 543 um 29 Punkte) über denen der BHS. Das sollte jenen zu denken geben, welche die BHS nun schon seit vielen Jahren als die „bessere“ AHS, insbesondere was ein anschließendes Studium betrifft, zu „verkaufen“ versuchen.

6. Vergleicht man die AHS-Ergebnisse von PISA 2003 mit den Werten jener Länder, die auch Gymnasien haben, wie etwa Deutschland, die Benelux-Staaten, die Schweiz, Tschechien und Ungarn, so schneiden unsere Gymnasien schlecht ab, was den Fachmann keineswegs überrascht. (In Mathematik liegt Österreich 62 Punkte hinter der Schweiz und 23 Punkte hinter Deutschland, in den Naturwissenschaften 61 Punkte hinter Tschechien und 23 Punkte hinter Deutschland, im Lesen 22 Punkte hinter der Schweiz und 14 Punkte hinter Deutschland.) Vor allem die Wiener AHS, die in

Wirklichkeit schon längst Gesamtschulen sind, drücken den Schnitt. Selbstverständlich besteht daher auch in Österreichs Gymnasien ein dringender Reformbedarf, ebenso wie bei den Hauptschulen, die bis zu 20 Prozent Analphabeten produzieren. Diese Zahl herunterzudrücken bedürfte es eines Schwerpunktprogramms und nicht der Einführung einer Gesamtschule.

## **2.2 Geld ist nicht das Entscheidende**

Bis in die 1980er-Jahre hinein wurde im Schulbereich das Geld mit beiden Händen zum Fenster hinausgeworfen, was, allerdings nur materiell, vor allem den Lehrern zugute gekommen ist und heute böse Folgen zeitigt. Fragwürdige Freigegegenstände, um (zusätzliche) Überstunden zu lukrieren, Unterschreitung von Klassen- und Gruppengrößen, Großzügigkeit bei Supplierabgeltungen und Zuschlägen für z. T. gar nicht geleistete Mehrarbeit (Schulbuchaktion, Schülerfreifahrt, Förderkurse), Beurlaubungen und Stundenausfall ohne Gehaltseinbußen, um nur einige Missstände zu nennen. Außerdem: Mit den Semesterferien und den schulautonomen Tagen bekamen die Lehrer bis zu zwölf Ferientage dazu, ohne Abschläge bei den Gehältern. Diese haben sich übrigens während meiner Dienstzeit versechsfacht. Zusätzlich wurde eine großzügige Anstellungspolitik betrieben, um die Lehrerarbeitslosigkeit niedrig zu halten.

Bei den damals jungen Lehrern machte das in Summe nicht allzuviel aus, aber mit zunehmender Vorrückung in höhere Bezüge wurde das Problem virulent und etwa seit Mitte der 1980er-Jahre, zur Zeit der rot-blauen Koalition, versuchte die Bundesregierung, der Misswirtschaft gegenzusteuern. Unter der Federführung des Finanzministeriums (MR Dr. Leinwarter) wurden für den Stundenbedarf der Bundesschulen Kenn- und Grenzwerte eingeführt und auf die Einhaltung des Stellenplanes geachtet. In den 1990er-Jahren wurde dann auch direkt in das Dienst- und Besoldungsrecht der Bundeslehrer eingegriffen, z. B. Zulagen gestrichen und Überstundenzuschläge sowie Supplierabgeltungen reduziert. Trotzdem war das österr. Unterrichtsbudget bei Antritt der schwarz-blauen Wenderegierung, auf Schülerköpfe umgerechnet, noch immer das zweithöchste im ganzen OECD-Raum. Der Irrglaube, wir hätten dafür auch eines der besten Schulsysteme, wurde dann durch die PISA-Studien zerstört.

Ab 2000 gab das Finanzministerium Sparziele vor, aber das WIE blieb Gehrers Entscheidung. Nun sind über 95 % des Schulbudgets Lehrerkosten, daher kann nur bei diesen Kosten effizient gespart werden, wofür es (außer einer generellen Kürzung der Lehrergehälter) grundsätzlich drei Möglichkeiten gibt: Erstens die Erhöhung der Klassenschülerhöchstzahl (derzeit 30) bzw. der Gruppengrößen, die sich wegen des vielfach geteilten Unterrichts von den Klassengrößen erheblich unterscheiden, zweitens die Erhöhung der Lehrverpflichtung der Lehrer, die zu den niedrigsten in Europa zählt, und drittens Stundenkürzungen, d. h. die Verminderung des Gesamtvolumens von Unterricht. Ersteres macht in der Öffentlichkeit ein schlechtes Bild und den Lehrern mehr Arbeit. Ebenso auf erbitterten Widerstand der Lehrgewerkschaften stößt eine Erhöhung der Lehrverpflichtung, auch wenn es sich dabei nur um ein bis zwei Stunden handeln würde und die Arbeitsbelastung der Lehrer damit immer noch hinter der Schweiz und Deutschland zurückbliebe. Auch einsichtigen Gewerkschaftern sind die Hände gebunden, stehen sie doch unter dem Druck (unkündbarer) Lehrer, die sich – wegen der bereits genannten restriktiven Maßnahmen – politisch verfolgt fühlen, die ihre – aufgrund der Umweltfaktoren immer schwieriger werdende – Arbeit nicht gebührend gewürdigt sehen und die seit den Pensionsreformen 2000, 2003 und 2004 nun endgültig frustriert sind.

Gehrer hat sich mit der ihr politisch nahestehenden Gewerkschaft nie wirklich angelegt, sondern mit ihr alles im Vorfeld vereinbart, so auch die überfallsartig verordneten Stundenkürzungen im Jahr 2003. Das war zwar die schlechteste Lösung, aber die einzig mögliche Sparmaßnahme, welche die Lehrer weder zeitlich noch finanziell geschädigt hat. Sie hat damit etwa 110 Mio. Euro, das sind ca. 2 Prozent des Unterrichtsbudgets, eingespart. Eine Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 kostet nach vorsichtigen Schätzungen mehr als das Doppelte.

### 2.3 Das falsche Menschenbild und die fehlende Einstellung

Bildung ist primär keine Geldfrage, sondern eine Einstellungsfrage. Es entbehrt nicht einer gewissen Tragik und Komik zugleich, dass gerade SPÖ und Grüne heute jenen „Bildungsnotstand“ ausrufen, für den sie hauptverantwortlich sind. Denn gerade sie haben die problematischen Thesen der Frankfurter Schule, die realitätsfernen Bildungs- und Erziehungstheorien, die Entkopplung von Ursache und Wirkung, von Anstrengung, Konsequenz und Leistung auf der einen sowie von Erfolg, Qualität und Sinngebung auf der anderen Seite (leider sehr erfolgreich) propagiert. Dem bürgerlichen Lager und insbesondere meiner Generation, die es noch besser gewusst hat, ist vorzuwerfen, kaum Widerstand geleistet zu haben.

Das österr. Schul- und Bildungswesen wird seit gut 35 Jahren von Politik und Schulverwaltung, von den Lehrern – natürlich mit der Einschränkung, dass es dabei auch viele Ausnahmen gibt – und von der Gesellschaft gleichermaßen geschädigt und deswegen ist es so, wie es ist:

1. Die Politik hat jahrzehntelang, wegen der notwendigen Zweidrittelmehrheit für Schulgesetze zwar zögerlich, aber trotzdem Schritt für Schritt Reformen durchgeführt, die allesamt gegen das Bildungsideal und gegen die pädagogische Vernunft verstoßen haben. Der Wiener Philosoph Konrad Liessmann schreibt in seinem kürzlich erschienenen und allseits hochgelobten Buch „Theorie der Unbildung“: *„Allmählich greift die Einsicht um sich, dass nicht die Humboldt'schen Bildungsideale, sondern die seit den Sechzigerjahren in rascher Abfolge initiierten Bildungsreformen für die derzeitigen Schwächen des Bildungssystems verantwortlich sind. Was die Bildungsreformer aller Richtungen eint, ist ihr Hass auf die traditionelle Idee von Bildung.“* (Als ich im Februar 2005 bei der FPÖ-Klubklausur in Stegersbach Humboldt zitiert habe, wurde mir von den dort eingeladenen „Bildungsexperten“, darunter auch PISA-Haider, geantwortet, Humboldt hätte heute keine Bedeutung mehr.)

2. Die Lehrer der 1968er- und Nach-68er-Generation haben vielfach gutgläubig versucht, die weltfremden Thesen in der Schule zu verwirklichen und sind damit gescheitert. Genauso wie die ehemaligen Hitler-Anhänger wollen sie das aber nicht wahrhaben, wollen nicht wahrhaben, dass sie in die Irre geführt worden sind, und sie machen für die Folgen in der Regel „das System“ verantwortlich, und nicht die falschen Methoden. (Als Direktor habe ich jedem Lehrer zugebilligt, alles auszuprobieren, was ihm sinnvoll erscheint, aber gleichzeitig eindringlich gebeten, die Konsequenzen zu ziehen, wenn es nicht funktioniert, und die Methoden zu ändern. Teilweise ist das geschehen, mehrheitlich aber nicht.)

3. Die Platttheit unserer heutigen Gesellschaft wie Markenwahn und Shopping-Hysterie schlägt voll auf die Schule durch. Wenn ORF-Moderatoren Arbeit als leidvoll und Freizeit als lustvoll hinstellen, indem sie schon am Montag das nächste Wochenende herbeibeten, dann suggerieren sie den Halbwüchsigen ein völlig falsches Bild von dem, was wichtig und was unwichtig ist. Auch das Geschwätz, alle Lehrinhalte müssten „praxisorientiert“ sein, schlägt in diese Kerbe. Das sind nur zwei Beispiele dafür, dass der Bildungsgedanke in unserer westlichen Gesellschaft, anders als in China, Indien oder Korea, überhaupt verkümmert ist, und ebenso das Bewusstsein, dass es jede Anstrengung lohnt, möglichst viel Bildung zu erwerben. (Auch die Behauptung, „Arbeiterkinder“ würden durch das gegliederte Schulsystem benachteiligt, ist in diesem Lichte zu sehen. Kein Kind, ganz gleich aus welchem sozialen Umfeld, wird in Österreich daran gehindert, ein Gymnasium zu besuchen, sobald der IQ dafür ausreicht. Wenn es daran nicht liegt, dann kann nur das mangelnde Bildungsbewusstsein der betreffenden Eltern daran schuld sein, dass „Arbeiterkinder“ in den Höheren Schulen unterrepräsentiert sind. Das zu ändern wäre aber vornehmlich die Aufgabe der politischen Kräfte, die vorgeben, diese Klientel zu vertreten.)

### 3. Zukunftsperspektiven

Das österr. Schulsystem hat abgewirtschaftet, was nur deswegen nicht besonders auffällt, weil es rundherum auch nicht viel anders ist. Allerdings wird anderswo – etwa in Deutschland – weit weniger Geld in das Schulwesen gesteckt wie in Österreich. Eine allfällige Senkung der Klassenschülerhöchstzahl würde das österr. Unterrichtsbudget wieder zur OECD-Spitze hochtreiben. Sinn macht diese Maßnahme überhaupt nur für die städtischen Volksschulen, wo es kaum geteilten Unterricht gibt und die Klassen voll sind. In den Sekundarschulen liegt die durchschnittliche Größe einer Unterrichtsgruppe schon heute weit unter 25. Außerdem sagt mir die Erfahrung, dass ein Lehrer, der mit 30 Schülern nicht zu Rande kommt, auch mit 25 Schülern nicht zurecht kommt und nichts weiterbringt.

Es gäbe viele Reformmaßnahmen, die überhaupt nichts kosten und hinsichtlich einer Qualitätssteigerung sehr effektiv wären, zum Beispiel effiziente Disziplinierungsmaßnahmen für Schüler, die sich nicht an demokratisch zustande gekommene Regeln halten, oder das pflichtige Wiederholen versäumter Schularbeiten, was derzeit paradoxerweise im Schulrecht nicht vorgesehen ist. Wenn solche Maßnahmen nicht realisiert werden, dann liegt das einerseits an pädagogischem Irrglauben und andererseits an einer überalterten, frustrierten und desillusionierten Lehrerschaft, die nur noch ihren materiellen Besitzstand wahren und in Frühpension gehen will, die allen Reformen negativ gegenüber steht und durch eine starke Lehrgewerkschaft abblocken lässt. Zum Beispiel die ins Auge gefassten „Leistungsstandards“, die vom Ministerium zur Akzeptanzsteigerung ohnehin schon in „Bildungsstandards“ umbenannt wurden. Diese lehnt der Großteil der Lehrer ab und blockiert ihre Entwicklung, weil damit natürlich auch die Arbeit der Lehrer gemessen werden könnte. Solange man den Lehrern allerdings keine Mittel in die Hand gibt, die Schüler notfalls zu ihrem Glück zwingen zu können, haben sie mit ihrer Furcht nicht ganz unrecht.

Das Einzige, was in dieser verfahrenen Situation helfen würde, wäre das Erzeugen einer echten Aufbruchstimmung in der Schule, nach dem Motto, jetzt packen wir es an, jetzt machen wir Nägel mit Köpfen. Damit könnte man den verschütteten Idealismus, den es in der Lehrerschaft selbstverständlich immer gegeben hat und auch heute noch gibt, wiederbeleben. Aber dazu müssten gleichzeitig die linken pädagogischen Irrlehren über Bord geworfen werden, nicht nur in der Schule, sondern auch in der Gesellschaft. Das aber ist in der augenblicklichen politischen Konstellation unwahrscheinlicher denn je, zumal die neue Ministerin schon mit den abgedroschenen Phrasen von der „angstfreien“ Schule dahergekommen ist und dass das Lernen „Spaß“ machen muss. (Andernfalls ist natürlich der Lehrer schuld, weil er die Schüler nicht „motivieren“ kann. Ich musste zu meinen Schülern nur sagen, jetzt machen wir etwas Spannendes, aber das kommt nicht zur Schularbeit – und schon hat keiner mehr hingehört.)

Wenn durch die österr. Schule ein Ruck gehen soll, dann müsste außerdem ein neues Lehrerdienstrecht geschaffen werden, das Leistung belohnt und Unfähige aus dem System entfernt. Auf ein solches Dienstrecht wartet ein gar nicht so kleiner Teil der Lehrerschaft schon lange, allerdings unter dem Vorbehalt, dass dabei nicht falsche Kriterien Platz greifen, angefangen vom Parteibuch bis zu dem Irrglauben, der gute Lehrer ist der, bei dem es nur gute Noten gibt.

### 4. Schlussbemerkungen

In ein FPÖ-Bildungspapier habe ich einmal hineingeschrieben: „*Schule soll aus freiheitlicher Sicht nicht bloß ein Abbild der Gesellschaft sein, sondern auch eine Quelle zukünftiger Entwicklungen*“. Derzeit ist das nicht so und deswegen geht es in Schule und Gesellschaft gleichermaßen bergab. Wer das nicht wahrhaben will, der darf sich auch über die Schule nicht beschweren. Umgekehrt hätten es alle im Bildungs- und Erziehungsbereich Tätigen sehr wohl in der Hand, eine Wende einzuleiten – sie müssten nur den „gesunden Hausverstand“ über Ideologien stellen und an einem Strang ziehen. Aus vielen persönlichen Gesprächen weiß ich es, und wer einschlägige Publikationen aufmerksam

liest, der wird es bestätigen, dass alle wirklichen Fachleute, ganz gleich welcher politischen Richtung, in den wichtigen Fragen von Bildung und Erziehung weitgehend einer Meinung sind. Was aber fehlt, das ist die konzertierte Aktion, gegen die Oberflächlichkeit, gegen den tradierten Aberglauben, für ein umfassendes Bildungsbewusstsein und für ein effizientes Schulsystem.

In der FPÖ wird derzeit an einem neuen Schul- und Bildungsprogramm gearbeitet, um die Defizite abzubauen, die in den letzten Jahrzehnten bei einer Partei aufgetreten sind, die einmal die Partei der Bildungsbürger und der sozialen Aufsteiger gewesen ist. Dabei wird sich zeigen, inwieweit die heutigen Freiheitlichen bereit sind, sich von effekthaschendem Populismus und von zeitgeistigem Fetischismus abzusetzen.